



Protokoll der 23. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. Dezember 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Ruesch Corinne und Sutter Sabine

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl Kommissions gemäss Vorschlag der SP-Fraktion.</i>	2014/164
2. Budget und Jahresprogramm 2015 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission <i>://: In der Schlussabstimmung wird das Budget und das Jahresprogramm 2015 einstimmig genehmigt.</i>	2014/146 2014/146a 2014/146b
3. Wasserversorgungskonzept - Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission zum Postulat „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion <i>://: Der stadtträtliche Bericht Nr. 2010/128b wird einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i>	2010/128 2010/128a 2010/128b 2010/128c
4. Integrative Ausbildungsplätze - Interpellation „Integrative Ausbildungsplätze für Menschen mit beschränkter Leistungsfähigkeit“ von Patrick Mägli und Walter Leimgruber der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2014/157
5. Zusammenleben von 4 Generationen - Postulat „Das Zusammenleben von 4 Generationen in Liestal - eine Chance!“ von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2014/158
6. Integrationsförderung - Postulat von Lisette Kaufmann und Anna Ott der Grünen Fraktion betreffend Integrationsförderung <i>://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen wird das abgeänderte Postulat an den Stadtrat überwiesen, nachdem die Postulantinnen den zweiten Punkt zurückgezogen haben.</i>	2014/159
7. Sanitäranlagen Feuerwehrmagazin - Postulat von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion betreffend geschlechtergerechten sanitären Anlagen im Feuerwehrmagazin <i>://: Mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i>	2014/163

8. Wasserturmplatz - Interpellation „Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2014/160
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

9. Ladenmix - Postulat „Attraktiver Ladenmix im Stedtli“ von Diego Stoll der SP-Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion 2014/162
Vertagt wegen Zeitmangel.

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates sowie die Gäste und Medienvertreter zur letzten Ratssitzung im Jahr 2014.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Die Ratsmitglieder werden gebeten, bis am Schluss der heutigen Sitzung dem Ratschreiber noch den Rückmeldetalon betreffend dem Jahresschlussessen vom 28. Januar 2015 abzugeben.
- An der heutigen Sitzung wird letztmals das Ratsmitglied Matthias Zimmermann (SP) präsent sein, welcher per Ende 2014 aus dem Rat zurücktritt. Während seiner mehrjährigen Tätigkeit als Einwohnerrat hatte er auch viele Jahre die BPK präsiert. Diesem wird für seinen Einsatz als Ratsmitglied bestens gedankt. Seine Verabschiedung findet beim Jahresschlussessen vom 28.01.2015 statt.
- Ebenfalls hat Ratsmitglied Markus Meyer (SVP) hat seinen Rücktritt per 31.12.2014 erklärt. Sein Demissionsschreiben vom 06.12.2014 wird verlesen sowie das Geleistete zu Gunsten der Stadt Liestal bestens verdankt. Seine Verdienste werden ebenfalls beim Jahresschlussessen vom Januar 2015 gewürdigt.
- Ab 01. Januar 2015 werden den Ratsmitgliedern gemäss Erhebung sämtliche Unterlagen bzw. Traktandenlisten, Vorlagen, Protokolle usw. nur noch in Papierform oder elektronisch zugestellt bzw. zur Verfügung gestellt. Diejenigen Ratsmitglieder, die künftig die Dokumente nur noch elektronisch wünschen, müssten diese in einzelnen Fällen beim Einwohnerratssekretariat abholen.
Die Ratsmitglieder möchten sich bitte bis am Schluss der heutigen Sitzung mit dem Ausfüllen der zirkulierenden Liste dazu äussern, ob sie künftig auf papierene Unterlagen verzichten möchten oder nicht.
- Die BPK-Mitglieder sowie die Stadträte Franz Kaufmann und Peter Rohrbach treffen sich in der Pause beim BPK-Präsidenten, damit der nächste Sitzungstermin der BPK terminiert werden kann.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rosa
- Anhang „Zusammenstellung Varianten Wasserbezug“ zu BPK-Bericht Nr. 2010/128c.
- Neue Vorstösse Nr. 2014/165 - Nr. 2014/168
- Tischpapier Stadtrat betreffend Postulat „Ladenmix“ (Nr. 2014/162, Trakt. 8)

Neue persönliche Vorstösse

- Parkplätze entlang Kasernenstrasse - Interpellation „Sturz nach Kollision mit Autotüre: Velofahrerin tot“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/165)
- Religionsunterricht in Primarschule - Interpellation „Religionsunterricht in der Primarschule“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion (Nr. 2014/166)
- Plakatierungen - Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend wilden Plakatierung (Nr. 2014/167)
- Markt - Postulat betreffend Liestaler Markt der SVP-, SP- und FDP-Fraktion sowie Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/168)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Werner Fischer (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat sind keine Mitteilungen zu machen.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass die neue Interpellation „Allee“ (Nr. 2014/161) im Einverständnis mit den Interpellanten erst auf die Januar-Sitzung 2015 traktandiert wird.

Verena Baumgartner (GL) hält fest, dass es beim Postulat Nr. 2014/163 nicht um geschlechterneutrale, sondern um geschlechtergerechte sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin geht.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass der Schreibfehler betreffend dem Postulat Nr. 2014/163 vom Ratsschreiber korrigiert wird, sich diesbezüglich aber nichts an der Traktandenliste ändern wird. Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 03. Dezember 2014 behandelt.

245 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2014/164)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass betreffend den Wahlvorschlägen der SP-Fraktion keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die vorgeschlagenen Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder gewählt:

Büro des Einwohnerrates (Büro)

- Bernhard Bonjour (SP) anstelle von Fabian Eisenring als ordentliches Mitglied

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Fabian Eisenring (SP) anstelle von Matthias Zimmermann als ordentliches Mitglied
- Dominique Meschberger (SP) anstelle von Fabian Eisenring als Ersatzmitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Bernhard Bonjour (SP) anstelle von Dominique Meschberger als Ersatzmitglied

246 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Budget und Jahresprogramm 2015 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2014/146)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert basierend auf einer projizierten Folie darüber, dass das Büro die Vorgehensweise bzw. den Ablauf betreffend der Beratung sowie Beschlussfassung des Budget und Jahresprogrammes von 2015 wie folgt beschlossen hatte:

1. **Eintreten**
2. **FIKO-Bericht (Nr. 2014/146a)**
Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident
3. **BPK-Bericht (Nr. 2014/146b)**
Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident
4. **Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**
Ergänzungen Stadtrat
5. **Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**
(keine Stellungnahmen zu Anträgen)
6. **Einzelredner: Gesamtwürdigung**
(keine Stellungnahmen zu Anträgen)
7. **Anträge**
 - 7.1 *Stellungnahme Stadtrat zu Kommissionsanträgen*
 - 7.2 *Fraktionssprecher*
 - 7.3 *Einzelredner*
 - 7.4 *Abstimmung über Anträge*
 - 7.5 *Schlussabstimmung*

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend der Eintretensfrage keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2014/146a)

Daniel Spinnler (FDP) informiert über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2014/146a: Nach dem Übergangsbudget 2014 zeigt das Budget 2015 auf, dass angesichts den grösseren Investitionstätigkeiten die Selbstfinanzierung mittelfristig nicht mehr ausreichen wird. Die Herausforderungen bei der Budgetberatung waren insbesondere die Sozialhilfekostenentwicklung, der Finanzausgleich, die Budgetabweichungen bei den Parkgebühren sowie die im letzten Jahr beschlossene Steuerreduktion bei den natürlichen Personen. Gut gefallen hat, dass die Abweichungen vom Budget zum Entwicklungsplan aufgezeigt wurden. Dem Stadtrat wird empfohlen, betreffend dem erwarteten Bevölkerungswachstum bzw. den erwarteten zusätzlichen Steuererträgen etwas konservativer zu budgetieren. Die Sozialhilfekostenentwicklung ist doch besorgniserregend und es wird insbesondere auch auf die Zahlen und Informationen der Verwaltung gemäss Anhang zum FIKO-Bericht verwiesen. Im Bildungsbereich ist die Übernahme des 6. Schuljahres veranschlagt und die finanziellen Belange betreffend den Schulraumentwicklung werden im Zusammenhang mit

dem Entwicklungsplan 2015-2019 von der FIKO vertiefter angeschaut. Bei den Personalkosten gibt es betreffend dem Teuerungsausgleich wiederum eine Nullrunde analog der kantonalen Regelung. Die Investitionstätigkeiten sind nachvollziehbar und die FIKO beantragt keine Sondervorlagen für einzelne Projekte. Die Investitionen bei den Schulliegenschaften haben betreffend den höheren Kosten für Erbebensicherheit etc. zu Unsicherheiten geführt, doch wird man diesen Teilbereich im Zusammenhang mit der Beratung des Entwicklungsplanes nochmals thematisieren. Gemäss FIKO-Empfehlung wird der Stadtrat eine mögliche Gebührensenkung im Zusammenhang mit der Abfallbeseitigung prüfen und beim Budget 2016 entsprechenden Bericht und Antrag unterbreiten. Die FIKO beantragt einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Er möchte allen Mitwirkenden der FIKO, des Stadtrates sowie der Verwaltung den besten Dank für das Erstellen sowie die gute Zusammenarbeit bei der Budgetberatung aussprechen.

3. BPK-Bericht (Nr. 2014/146b)

Diego Stoll (SP) verweist auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/146b und hält als Präsident der Bau- und Planungskommission die wesentlichsten Punkte fest: Nach den gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit den Investitionen „Schulhausanlage Frenke“ sind vom Stadtrat die entsprechenden Konsequenzen betreffend Erbebensicherheit usw. auch bei den übrigen Schulanlagen gezogen worden und auch die BPK kann die Durchführung einer Gebäudezustandsanalyse unterstützen. Im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit bzw. der Wasserturmplatz-Bushaltestelle möchte die BPK die Investition zur gegebenen Zeit noch vertiefter anschauen, weshalb dem Rat vorgeschlagen und beantragt wird, dass dafür eine Sondervorlage einzureichen ist. Die Kommission kann sich mit dem Vorgehensvorschlag des Stadtrates betreffend der Sanierung der Rathausstrasse sowie den Strassen und Gassen in der Altstadt einverstanden erklären. Auch befürwortet die BPK die Anschaffung eines Salzsilos für den Werkhof, da sich diese Investition mittelfristig rechnen bzw. auszahlen wird. Die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Arealentwicklung Kreuzboden“ ist ebenfalls positiv aufgenommen worden, da sich im betreffenden Gebiet nun doch etwas tun sollte. Die Reduktion des Betriebs bei den öffentlichen Brunnen hat man zur Kenntnis genommen, doch sollte man dies mit Augenmass tun. Mit Ausnahme der bereits erwähnten sowie beantragten Sondervorlage „Bushaltestelle Wasserturmplatz“ kann die BPK den übrigen Anträgen des Stadtrates zustimmen. Auch er möchte sich bei allen Beteiligten für das Geleistete im Zusammenhang mit der Erarbeitung sowie Vorberatung des Budget 2015 bedanken.

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Lukas dankt als Finanzchef für die gute Aufnahme der stadträtlichen Budgetvorlage 2015. Das Budget 2014 stand wegen der BLKP-Finanzierung und den anstehenden künftigen Investitionstätigkeiten unter dem Motto „Übergangsbudget“. Das Budget 2015 kann unter das Motto „Anpassung an neue Gegebenheiten und Rahmenbedingungen“ gestellt werden. Wie alle anderen Gemeinden hatte sich auch Liestal mit der Deckelung beim Finanzausgleich sowie dem starken Wachstum im Sozialhilfebereich bei der Budgetierung des Jahres 2015 zu beschäftigen. Liestal-spezifisch spielten sicher die beiden Faktoren betreffend dem Wachstum des Steuersubstrates sowie Steuerfuss-Reduktion eine gewichtige Rolle beim Budget 2015. Die erhöhten Sozialhilfekosten müssen insbesondere auch mit dem Personalkostenmehraufwand für die Mitarbeitenden der Verwaltung begründet werden, diese sollten aber mit den Rückerstattungen doch auch wieder aufgefangen werden können. Auch im 2015 wird es vermutlich wieder beim Finanzausgleich zu einer Deckelung kommen, was auch entsprechend veranschlagt wurde. Nach heutigem Stand der Dinge ist damit zu rechnen, dass die Rechnung 2014 mit roten Zahlen abschliessen wird und dies wäre auch beim Budget 2015 der Fall, hätte der Stadtrat nicht korrigierend eingegriffen, um zumindest ein Resultat mit einer schwarzen Null präsentieren zu können. Dieses Budget ist dann auch wie-

der nicht so schlecht, mussten doch fast alle Gemeinden des Kantons für das nächste Jahr gar Defizite veranschlagen. Mit den Nettoinvestitionen von rund 6 Mio. Franken soll ein versteckter Schuldenaufbau verhindert werden und die Folge eines negativen Finanzierungssaldos der nächsten Jahre ist ja bereits bei der Beratung des Entwicklungsplanes diskutiert und zur Kenntnis genommen worden. Wichtig ist deshalb, dass die Selbstfinanzierung in der laufenden Rechnung verbessert werden kann und dies dürfte wohl nur mit einem Wachstum des Steuersubstrates bzw. der Schaffung von neuem zusätzlichen Wohnraum möglich sein. Und wegen der überproportionalen Entwicklung der Steuereinnahmen wird Liestal vermutlich ab ca. 2018 betreffend dem Finanzausgleich neu zu einer „Geber-Gemeinde“ des Kantons. Auch er möchte sich namens des Stadtrates für die guten und fruchtbaren Diskussionen in der FIKO und BPK im Zusammenhang mit der Beratung des Budget 2015 bedanken.

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass das Budget 2015 in der Mittefraktion ausführlich diskutiert wurde und auch dieser ist bewusst, dass man ab nächstem Jahr die Finanzierungssaldos negativ sein werden. Man hofft, dass sich das Steuersubstrat gemäss Prognosen entwickeln wird. Sorge bereiten aber doch die zum Teil grösseren Aufwandaufstiege in einigen Bereichen, vergleicht man die Zahlen der letzten Jahre. So ist der Nettoaufwand beim Vergleich der Rechnung 2012 mit dem Budget 2015 um rund 6,6 Mio. Franken bzw. 18 % angestiegen, wobei der Bereich Bildung 3 Mio. Franken und der Sozialbereich 1,8 Mio. Franken ausmachen. Natürlich sind diese Entwicklungen nachvollziehbar und begründbar, dennoch beunruhigen diese Steigerungen mittelfristig seine Fraktion sehr. Seine Fraktion wird die stadträtlichen Anträge betreffend dem Budget 2015 einstimmig unterstützen.

Peter Küng (SP) meint, dass man doch von einem guten und positiven Budget sprechen kann. Auch möchte man an dieser Stelle dem Stadtrat für sein Engagement im Zusammenhang mit der BLPK-Reform danken, denn sonst hätte wohl auch Liestal rote Zahlen veranschlagen müssen. Die Diskrepanz zwischen den Leistungserbringern und den Leistungsbezügern ist in der FIKO vertieft angeschaut worden und künftig muss wohl schwergewichtig ein Auge auf die Leistungsbezügler geworfen werden. Gut ist auch, dass man mit der Übernahme der 6. Klasse dennoch über genügend Schulraum verfügt. Mit den Zahlen betreffend den Sozialhilfekosten gemäss Anhang zum FIKO-Bericht konnten doch einige Fragen beantwortet werden, doch müssen diese sicher noch vertiefter angeschaut sowie gegebenenfalls Massnahmen ergriffen werden. Auch wäre es nun wirklich an der Zeit, dass man die Gebühren im Abfallbereich nun senken würde, wie dies von der FIKO vorgeschlagen wird, denn ein Eigenkapital von rund 1 Mio. Franken in einer Spezialfinanzierungskasse macht keinen Sinn. Der BPK-Bericht ist sehr gut und ausführlich, so kann man nun einfach hoffen, dass all die geplanten Investitionen im 2015 auch getätigt werden können. Auch sei an dieser Stelle die gute Qualität der FIKO- und BPK-Arbeiten im Zusammenhang mit der Vorberatung des Budget 2015 lobenswert erwähnt. Seine Fraktion wird alle Anträge unterstützen.

Bruno Imsand (FDP) bemerkt, auch seine Fraktion dankt dem Stadtrat dafür, dass dieser trotz schwierigen Bedingungen schlussendlich ein Budget mit einer schwarzen Null vorlegen konnte. Vergleicht man das Budget mit einem Adventskalender, so kann man feststellen, dass auch beim Budget 2015 das einte oder andere Türchen bereits aufgegangen ist, denkt man beispielsweise an die Umstellung auf HRM2, welche ja nicht nur die Lösung technischer Probleme bedingte, sondern auch finanzielle Konsequenzen sowie zu treffende Massnahmen zur Folge hatte. Auch das Türchen betreffend dem Bevölkerungswachstum und dem künftigen Steuersubstrat ist erst halb offen, beobachtet man bspw. den Immobilienmarkt. Weitere Türchen betreffend den Sozialhilfekosten etc. stehen noch ganz weit offen. Auch seine Fraktion nimmt den Erfolg betreffend der Pensionskassen-Sanierung erfreut zur Kenntnis, welcher vor allem auch wegen dem Engagement des Stadtrates von Liestal möglich war. Noch nicht ganz offen ist das Türchen wegen dem Finanzausgleich, da man die finanziellen Auswirkungen doch noch nicht so genau abschätzen kann. Das Türchen mit dem

versteckten Schreckmümpfeli ist natürlich die Investition für die Sanierung der Schulanlage Frenke, welche anstatt 7 Mio. neu 11,5 Mio. Franken kosten wird. So ist man gespannt, ob die Gebäudezustandsanalyse bei den Schulliegenschaften vielleicht noch weitere negative Überraschungen aufzeigen wird. Auch die FDP-Fraktion wird alle Anträge einstimmig unterstützen.

Roman Schmied (GL) sagt, seine Fraktion sei mit dem Budget 2015 zufrieden, müssen doch die meisten Gemeinden für das nächste Jahr rote Zahlen vorlegen. Liestal kann ein positives Ergebnis bei einem realistischen Steuerfuss präsentieren, was sicher mit viel Arbeit verbunden ist und künftig auch nicht einfacher wird. Die Grüne Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, dass auch die SVP-Fraktion die Meinung vertritt, dass man von einem realistischen Budget 2015 sprechen kann und deshalb auch die stadträtlichen Anträge unterstützen wird. Betreffend den Budget-Debatten muss ganz generell festgestellt werden, dass Budget-Korrekturen länger und mehr schwieriger werden, da doch rund 85 - 90 % der Kosten fremdbestimmt sind und stetig ansteigen. Nur auf kantonaler und eidgenössischer Ebene kann erreicht werden, dass nicht noch mehr Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden. Seine Fraktion macht betreffend dem prognostizierten Wachstum doch auch Fragezeichen, da beispielsweise beschlossene Quartierplanungen usw. nicht wie geplant umgesetzt werden können. Diesbezüglich sollte man künftig sehr vorsichtig budgetieren. Erfreulich ist, dass der Antrag seiner Fraktion betreffend der Senkung der Abfallgebühren-Senkung auf fruchtbaren Boden gestossen ist und vom Stadtrat entsprechende Massnahmen geprüft und noch vorgeschlagen werden.

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelsprecher des Rates zur Gesamtwürdigung äussern möchten.

7. Anträge

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass den Ratsmitgliedern am letzten Samstagmorgen mit E-Mail des Ratsschreibers mitgeteilt wurde, dass keine Einzelanträge eingereicht wurden und heute lediglich über die Anträge des Stadtrates sowie der FIKO und BPK abzustimmen ist.

Die FIKO und BPK beantragen dem Rat, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Es muss nur über 1 Gegenantrag der BPK betreffend der Investitions-Sondervorlage „Wasserturmplatz: Erweiterung Bushaltestelle für TCHF 100“ abgestimmt werden.

7.1 Anträge: Stellungnahme Stadtrat zu Kommissionsanträgen

Stadtpräsident Lukas Ott informiert darüber, dass sich der Stadtrat mit den Anträgen der FIKO und der BPK einverstanden erklären kann.

7.2 Anträge: Fraktionssprecher

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass ihre Fraktion den sorgfältig abgefassten BPK-Bericht schätzt. Die abgebildeten Investitionen sind nötig und lassen keine Verzögerungen zu. So wird auch die Anschaffung eines Salzsilos befürwortet. Auch ist es prüfenswert, dass man den Wasserverbrauch bei den Brunnen zu reduzieren versucht. Auch ist man gespannt auf die weitere Entwicklung im Kreuzboden-Gebiet. Der BPK-Antrag betreffend der Sondervorlage „Bushaltestelle Wasserturmplatz“ wird von einer Mehrheit ihrer Fraktion nicht unterstützt.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass seine Fraktion dem BPK-Antrag 4.1 zustimmen wird. Diesbezüglich möchte man bereits darauf hinweisen, dass es für die Stedli-Besucher wichtig ist, dass sie auf dem Wasserturmplatz ungehindert in die Busse ein- und aussteigen können.

Thomas Eugster (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion den BPK-Antrag 4.1 unterstützen wird, da die Verlängerung der Buskante beim Wasserturmplatz Sinn macht und im Rahmen des gesamten Verkehrskonzeptes nochmals betrachten möchte.

7.3 Anträge: Einzelsprecher

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und meint, dass die Sondervorlage betreffend der Bushaltestelle am Wasserturmplatz in keinem Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept steht und autonom behandelt bzw. beschlossen werden kann.

Stadtrat Peter Rohrbach unterstützt den Vorgehensvorschlag von Ratsmitglied Gerhard Schafroth.

7.4 Abstimmung über Anträge

- ://: Der BPK-Antrag, dass der Stadtrat für die Investition „Wasserturmplatz: Erweiterung Bushaltestelle für TCHF 100“ dem Rat eine Sondervorlage zu unterbreiten hat, wird mit grossem Mehr gegen 7 Nein-Stimmen gutgeheissen.
- ://: Das Jahresprogramm 2015 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.
- ://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben für das Jahr 2015 werden gemäss stadträtlichem Antrag einstimmig festgelegt und beschlossen.
- ://: Einstimmig wird von den im Jahre 2015 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie die Hundehaltung gemäss stadträtlichem Antrag Kenntnis genommen.
- ://: Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt, den Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals auf 0,0 % festzulegen.
- ://: Die Erfolgsrechnung 2015 sowie die Investitionen des Jahres 2015, für die keine Sondervorlagen erstellt werden müssen, werden einstimmig genehmigt.
- ://: In der Schlussabstimmung wird das Budget und das Jahresprogramm 2015 einstimmig genehmigt.

247 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wasserversorgungskonzept - Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission zum Postulat „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2010/128)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) stellt den Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2010/128c kurz vor: Die BPK hatte sich an drei Sitzungen mit dem stadträtlichen Bericht gemäss Nr. 2010/183b bzw. mit dem komplexen Geschäft befasst. Für die Unterstützung des Stadtrates sowie der Verwaltung und die geleisteten Arbeiten der BPK bedankt es sich an dieser Stelle nochmals als Kommissionspräsident. Die wichtigsten Erkenntnisse der BPK betreffend der Kompensation bzw. der Konzession des Pumpwerk Gitterli, dem zweiten Standbein betreffend dem Wasserbezug gemäss kantonalen Forderung usw. sind unter Punkt 2.3 des Berichtes formuliert. Basierend auf den Schlussfolgerungen der BPK gemäss Berichtspunkt 2.4 beantragt die Kommission dem Rat, den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/128b zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat Nr. 2010/128 als erfüllt abzuschreiben.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt als Postulant aus, dass der Souverän im Jahre 2010 den vorschnele Anschluss an den Regionenverbund an der Urne mit rund 61 % abgelehnt hatte. In der Folge hatten die Postulanten mit ihrem Vorstoss vom 10.08.2010 verlangt, dass vom Stadtrat ein mittelfristiges Wasserversorgungskonzept mit Machbarkeitsstudie der Ausbaumöglichkeiten ausgearbeitet wird, wobei sechs Aspekte zu berücksichtigen waren. Dem Stadtrat wird für seine umfangreichen Abklärungen sowie die geführten Gespräche mit den Nachbargemeinden, dem Kanton usw. der beste Dank ausgesprochen. Dem Bericht kann entnommen werden, dass der Stadtrat die Wasserversorgung von Liestal ernst nimmt, was erfreulich ist. Die pragmatischen Lösungsansätze mit dem Planungshorizont für die RWP bis ins Jahr 2030 machen Sinn. Das damalige Veto zum vorschnele Beitritt zum Regionenverbund mit der Hardwasser AG hat Liestal doch einiges gebracht, konnten damit doch beispielsweise 1,2 Mio. Franken gespart werden und auch die Zusammenarbeit mit anderen Wasserverbänden sowie Nachbargemeinden wurde verbessert, was die Stellung von Liestal gegenüber dem Kanton deutlich verbesserte. So erlaubt es der Kanton nun, dass das Pumpwerk Gitterli weiterhin betrieben werden kann, wenn im Störfall die fehlende Wassermenge anderweitig bezogen werden kann. Der in diesem Zusammenhang notwendige Messschacht für den Wasseraustausch zwischen Lausen und Liestal wäre auch bei der Regionenverbund-Variante noch mit zusätzlichen Kosten angefallen, doch hat sich Liestal nun nur zur Hälfte ab den Folgekosten zu beteiligen. Ein Vorpreschen Liestals betreffend einem zweiten Standbein ist nicht nötig, da auch von den Nachbargemeinden noch Vorabklärungen zu treffen sind und auch kein dringender Handlungsbedarf vorliegt. Die Grüne Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK zustimmen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich von der SP-Fraktion niemand stellvertretend für den zweiten Postulanten Franz Kaufmann äussern möchte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Kanton und die Gemeinden gemeinsam verantwortlich zeichnen. Die Mittefraktion nimmt die beiden ausführlichen Berichte des Stadtrates und der BPK zur Kenntnis. Die Weiterverfolgung der verschiedenen Teilprojekte ist wichtig und betreffend der Suche nach einem unabhängigen zweiten Standbein besteht kein Zeitdruck. Ihre Fraktion wird den beiden Anträgen zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) meint, dass die Vorlagen sowie Unterlagen und Pläne doch stark gefordert hatten, um sich vertieft mit dem Geschäft befassen zu können und eine Übersicht betreffend der kommunalen sowie regionalen Wasserversorgung zu bekommen. Auch ohne das Vorhandensein des zweiten Standbeines darf man heute sicher feststellen, dass Liestal bezüglich der Wasserversorgung gut unterwegs ist. Mit dem Wissen, dass ein Regionenverband in der Nähe vorhanden ist, dass man eine Versorgungsstrategie mit der Nachbargemeinde Lausen hat und mit weiteren Partnern der umliegenden Gemeinden betreffend einer vermehrten Zusammenarbeit im Gespräch bleibt, kann man dem vorliegenden Konzept auch zustimmen. Nachdem man das Konzept begriffen hatte, die stadträtliche Strategie prüfen konnte und sich versichern konnte, dass das Wasserversorgungskonzept verhält, wird die FDP-Fraktion den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK ebenfalls zustimmen.

Matthias Zimmermann (SP) dankt namens seiner Fraktion den beiden Autoren des Vorstosses für deren Initiative sowie die geleisteten Arbeiten des Stadtrates und der Verwaltung während den letzten vier Jahren. Bei der Konzeptausarbeitung ist gute sowie saubere und strategisch wertvolle Arbeit geleistet worden. Die beiden Anträge werden auch von seiner Fraktion unterstützt.

Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass er nach einer anfänglichen Skepsis spätestens bei der Vorberatung des Geschäfts in der BPK doch zu einer anderen Sichtweise gekommen sei. Es war richtig, dass ein Wasserversorgungskonzept verlangt wurde und der Wichtigkeit dieses Konzeptes sowie den diesbezüglich getroffenen Abklärungen ist man sich wohl erst nachträglich richtig bewusst geworden. Die SVP-Fraktion unterstützt ebenfalls die beiden Anträge des Stadtrates sowie der BPK.

Stadträtin Regula Nebiker (SP) freut sich über die positiven Rückmeldungen betreffend der stadträtlichen Postulatsbearbeitung. Sie selbst fand die vertieften Abklärungen im Zusammenhang mit der BPK-Kommissionsberatung ebenfalls interessant und gut. Beim stadträtlichen Bericht handelt es sich ja nicht nur um ein Konzept, sondern um ein Programm, welches über das Jahr 2030 hinausgeht.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und deshalb über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der BPK abgestimmt werden kann.

://: Der stadträtliche Bericht Nr. 2010/128b vom 12.08.2014 zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2010/128 als erfüllt abgeschrieben.

248 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Integrative Ausbildungsplätze - Interpellation „Integrative Ausbildungsplätze für Menschen mit beschränkter Leistungsfähigkeit“ von Patrick Mägli und Walter Leimgruber der SP-Fraktion (Nr. 2014/157)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Patrick Mägli und Walter Leimgruber, SP-Fraktion*

*Interpellation
Integrative Ausbildungsplätze für Menschen mit beschränkter Leistungsfähigkeit*

Liestal hat in den vergangenen Jahren mit der Führung von einigen Integrationsklassen in der Primarschule bei der Umsetzung des Sonderpädagogik-Konkordates im Kanton eine Vorreiterrolle eingenommen. Die ersten Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf, die in der Primarschule in Regelklassen mit heilpädagogischer Unterstützung integriert waren, besuchen heute teilweise im Rahmen der integrativen Schulungsform die Sekundarschule. Einige von ihnen schliessen in zweieinhalb Jahren bereits die Schule ab

Der Übertritt in die Arbeitswelt ist für die integrierten Schülerinnen und Schüler wie für die meisten anderen Schülerinnen und Schüler mit beschränkter Leistungsfähigkeit sehr schwierig. Früher gab es allgemein mehr Arbeitsplätze gehen für Menschen mit beschränkter Leistungsfähigkeit. An ihre Stelle sind Eingliederungsstätten getreten, die sich grundsätzlich bewährt haben. Indessen geht es gerade bei Schülerinnen und Schüler mit kognitiven Lernstörungen, Lernbeeinträchtigungen, Lernbehinderungen oder besonderer Leistungsfähigkeit, die während der ganzen Schulzeit in Regelklassen integriert waren, darum, dass ihnen auch integrierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Es ist im Interesse der Gesellschaft, dass es für sie sowohl öffentliche wie heute Es wäre wünschenswert, dass es sowohl öffentliche wie auch private Arbeitsplätze gibt. Die Stadt Liestal als Kantonshauptort könnte hier führende Rolle übernehmen.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Gibt es in der Stadt Integrationsplätze für Menschen, die nur beschränkt leistungsfähig sind?*
- 2. Kann sich der Stadtrat vorstellen, für die integrierten Schülerinnen und Schüler, die in den nächsten Jahren die obligatorische Schulzeit beenden, in der Stadtverwaltung Ausbildungsplätze im Sinne von Vorlehrepraktikumsplätze zur Verfügung stellen, z.B. in den Betrieben oder evtl. sogar im Büro?*

Liestal, 27. Oktober 2014

Walter Leimgruber

Patrick Mägli

Stadtpräsident Lukas Ott meint, dass die Interpellanten mit ihrem Vorstoss doch ein wichtiges Thema aufgegriffen haben, denn es ist eine gesellschaftliche Tatsache, dass es Menschen gibt, die nur beschränkt leistungsfähig sind. Der Umgang mit diesen Menschen geht uns alle etwas an, zumal diese auch in der Arbeitswelt im Rahmen ihrer Möglichkeiten doch Wertvolles leisten können. Die Stadt Liestal befasst sich natürlich als Arbeitgeberin auch mit möglichen integrativen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zumal sie ja auch eine gewisse Vorbildfunktion einnehmen muss.

Die erste Frage der Interpellanten kann er bejahen, denn es gibt einige Arbeitsplätze im Bereich der handwerklichen Berufe, wo Mitarbeitende beschäftigt werden, welche über gewisse Einschränkungen verfügen und beispielsweise teilinvalid sind.

Betreffend der zweiten Frage im Zusammenhang mit dem Angebot von Vorlehrpraktikumsplätzen kann er darüber informieren, dass von der Stadt Liestal vorwiegend Lehrstellen im kaufmännischen Bereich angeboten werden, deshalb müssen betreffend Ausbildungsplätzen mit einem integrativen Ansätze doch gewisse Vorbehalte angebracht werden. Für solche Ausbildungsplätze wären handwerkliche Berufe wohl eher geeignet, doch müssten von der Stadt in diesem Bereich zuallererst entsprechende Lehrstellenangebote geschaffen werden.

Walter Leimgruber (SP) dankt als Interpellant für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat. Diese befriedigen ihn nur teilweise und er wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, dass er sich auch beruflich mit diesem Thema befasst und deshalb weiss, wie schwer es ist, für Jugendliche integrative Ausbildungsplätze finden zu können. Patrick Mägli ist von einer Mutter angesprochen worden, welche sich nach einem Ausbildungsplatz für ihre behinderte Tochter erkundigt hatte, weshalb dieser die Interpellation auch mitunterzeichnete. Das Angebot solcher Ausbildungsplätze ist gar gesetzlich verankert. Es gibt gute Institutionen wie die Eingliederungsstätte ESB, das Bürgerspital in Basel usw. Eltern von Kindern mit einem Handicap möchten natürlich, dass die Kinder nach dem integrativen Schulunterricht auch beim Übertritt in die Arbeitswelt einen ganz normalen Weg bestreiten können, was neuer kreativer Lösungen und Wege bedarf. So werden nun Arbeitgeber gesucht, welche Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Praktikumsstellen für Jugendliche mit einer beschränkten Leistungsfähigkeit anbieten. Natürlich müssen solche Schritte von den Arbeitgebern gut überlegt und vorbereitet werden, damit eine erfolgreiche Integration solcher Jugendlicher schlussendlich zum Erfolg führt. Es wäre natürlich schön und toll, wenn sich auch die Stadt Liestal als Arbeitgeberin betreffend solchen Stellenangeboten Gedanken macht und für sich auch eine gewisse Vorreiterrolle beanspruchen würde. Wichtig ist zudem, dass solche Menschen auch sozial integriert bleiben.

Lisette Kaufmann (GL) dankt dem Stadtrat für die informative und positive Beantwortung der Fragen des Vorstosses. Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass Menschen mit einer beschränkten Leistungsfähigkeit in den Schulen und auch in der Arbeitswelt integriert werden bzw. nicht mehr separiert behandelt werden. Es ist wünschenswert, wenn die Stadt eine Vorreiterrolle übernehmen könnte und Zeichen setzen würde, indem solche Stellen geschaffen würden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass auch die Sozialhilfebehörde Leute mit Behinderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Auch der Kanton engagiert sich, indem er Stellen für Attest-Ausbildungsplätze schafft.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass bei der Stadt Liestal als Arbeitgeberin die Rahmenbedingungen für die gesuchten Ausbildungs- und Arbeitsplätze wohl schon eher im Werkhof bzw. in den Betrieben vorhanden sein dürften.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/157.

249 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Zusammenleben von 4 Generationen - Postulat „Das Zusammenleben von 4 Generationen in Liestal - eine Chance!“ von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2014/158)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Dominique Meschberger
Marianne Quensel
SP-Fraktion*

Liestal, 27.10.2014

Postulat

Das Zusammenleben von 4 Generationen in Liestal – eine Chance!

In absehbarer Zeit entsteht in Liestal viel neuer Wohnraum. Bei der Begutachtung der Quartierpläne liegt ein grosses Augenmerk auf eine gute Verkehrsführung unter Einbezug des Langsamverkehrs und möglichst ökologischer Bauweise.

Zur selben Zeit werden für Liestal ein Jugend- und ein Altersleitbild erarbeitet. Auch die demographische Entwicklung der Bevölkerung wird verfolgt. Es ist noch nicht genau voraus zu sehen, wie sich diese auf Grund der neuen Überbauungen entwickeln wird.

Eine grosse Herausforderung ist für alle Gemeinden das Angebot an „altersgerechtem Wohnen“.

Das Zusammenleben von vier Generationen ist eine noch nie dagewesene Herausforderung und kann auch als Chance angesehen werden.

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen im Rahmen der Ausarbeitung der verschiedenen Leitbilder und im Hinblick auf zukünftige Quartierpläne folgende Punkte zu überprüfen und zu berichten

- Welche Möglichkeiten gibt es, das Zusammenleben aller vier Generationen zu gestalten?*
- Was haben andere Gemeinden an Erfahrungen gesammelt und was könnte für Liestal in Bezug auf Wohnen und Zusammenleben übernommen werden?*
- Welche Möglichkeiten gibt es aktiv künftige Quartierpläne in diese Richtung zu beeinflussen?*
- Könnten die erwähnten Leitbilder zu einem Generationenleitbild umgewandelt werden?*

Stadträtin Marion Schafroth informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen. Zu hohe Erwartungen an den Stadtrat möchte sie aber doch dämpfen, da ein riesengrosser Wurf nicht möglich sein wird. Die Möglichkeiten einer aktiven Gestaltung seitens der Gemeinden für ein Zusammenleben von 4 Generationen in unserem Staat sind nur begrenzt möglich und so dürfte auch das Sammeln von Erfahrungen in anderen Gemeinden nicht vielversprechend sein, da diese Situation auch für diese Gemeinden historisch gesehen doch relativ neu ist. Somit kann nicht auf gesetzte Erfahrungen, sondern lediglich auf Ideen zugegriffen werden. Auch die Einflussnahme im Zusammenhang mit Quartierplanungen dürfte nur sehr beschränkt möglich sein. Bevor man über ein Alters- und Jugendleitbild verfügt, dürfte die Frage betreffend einem Generationenleitbild oder Zusammenlegung von verschiedenen Leitbildern doch sehr verfrüht sein.

Dominique Meschberger (SP) hält als Postulantin fest, dass man mit der längeren Lebenserwartung wohl auch erst ab etwa 80 Jahren wirklich alt ist. Die Pensionierten haben Zeit und Interessen, verfügen über grosse Erfahrungen und möchten auch noch gebraucht werden. Mit einer guten Planung für ein Zusammenleben aller vier Generationen könnte man von einer gelebten Nachhaltigkeit sprechen. Mit einem Generationenleitbild könnten auch planerische Massnahmen sowie Vorschläge bei einer Quartierplanung usw. eingebracht werden.

Karin Jeitziner (FDP) findet die Idee des Vorstosses grundsätzlich gut, doch sollten solche Ideen nicht immer mit Vorschriften und gebietshoheitlichen Auflagen manifestiert werden. Die Bürgergemeinde baut im Grammet ein Mehrfamilienhaus mit verschiedenen kleineren und grösseren Wohnungen, womit auch eine Nutzung von jüngeren und auch älteren Leuten möglich ist sowie ein Zusammenleben von mehreren Generationen in derselben Liegenschaft ermöglicht wird. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus, könnte sich aber mit der Umwandlung des Vorstosses in eine Interpellation anfreunden.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt das Votum seiner Vorrednerin. Nicht alle Ideen und Aufgaben müssen von der Öffentlichkeit geregelt werden und auch bei der Idee eines Zusammenlebens von mehreren Generationen ist die Freiwilligkeit gefragt. Auch seine Fraktion möchte den Investoren bei Quartierplanungen usw. nicht noch mehr Auflagen machen. Seine Fraktion spricht sich ebenfalls gegen eine Postulatsüberweisung aus.

Verena Baumgartner (GL) bemerkt, dass Liestal immer mehr wachse. Die Entwicklung, dass diesbezüglich alle Generationen berücksichtigt werden, sollte auch in Zukunft weiterhin so verlaufen. Ihre Fraktion wird der Überweisung des neuen Vorstosses an den Stadtrat zustimmen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass sich die Mittefraktion mehrheitlich nicht gegen den Vorstoss bzw. die Idee der Postulantinnen ausspricht, doch sollten die verschiedenen Fragen des Postulates im Rahmen einer Interpellation beantwortet werden. Man spricht sich deshalb auch gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält als Sprecherin der Mittefraktion-Minderheit fest, dass sie eine Überweisung des Postulates unterstützen wird, denn mit dem Vorstoss soll ja der Stadtrat lediglich prüfen und berichten. Mit dem Thema Alter wird man sich künftig auch politisch vermehrt beschäftigen müssen.

Anna Ott (GL) ist der Meinung, dass das Zusammenleben von mehreren Generationen durchaus auch ein Thema der Öffentlichkeit sein sollte, denn es müssen neue Wohnformen gefunden werden, welche effizienter und nachhaltiger sind. Bereits vorhandene und vergleichbare Beispiele gibt es bereits in Winterthur und Zürich.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) meint, dass das Anliegen der Postulantinnen grundsätzlich gut und berechtigt ist, doch mutet sich der Einwohnerrat wohl zu viel zu, wenn er meint, er könne alles steuern, was sich in der Gesellschaft entwickelt. Nicht alle Entwicklungen müssen von den Politikern immer gleich gesteuert werden, denn das Angebot an grossen oder kleinen Wohnungen wird sich schlussendlich über den Immobilienmarkt selbst steuern.

Pascal Porchet (FDP) unterstützt das Votum des Vorredners. Gemäss aktuellem Wohnungsplanungsstand der Stadt Liestal werden in Liestal aktuell 992 Wohnungen geschaffen und daraus sollten doch die verschiedenen Wohnformen gebildet werden können. Der Markt ist da und eine Einflussnahme der Politiker dürfte wohl kaum Sinn machen, indem diese Bauherrschaften sowie Investoren ein weiteres Band betreffend dem Zusammenleben von mehreren Generationen in derselben Liegenschaft umlegen. Patchwork-Familien organisie-

ren sich bspw. ebenfalls selbst, ohne dass sie auf Vorschriften sowie Rahmenbedingungen der Öffentlichkeit zählen können.

Marianne Quensel (SP) meint als Postulantin, dass man beim vorliegenden Vorstoss insbesondere und allgemein wohl den Hinweis betreffend den Quartierplanungen gelesen habe. Auch ihr ist klar, dass man Investoren keine Auflagen betreffend der Schaffung von Wohnräumen für das Zusammenleben von mehreren Generationen machen kann, dennoch sollte man sich der neuen Herausforderung stellen. In letzter Zeit hört und liest man immer wieder von den Kostenfolgen betreffend den älteren Mitmenschen, doch bei den älteren Generationen sind auch Ressourcen vorhanden, die genutzt werden sollten. Auch heisst es nicht, dass mit dem Generationenleitbild nun auf einmal die Forderungen nach einem Altersleitbild sowie Jugendleitbild hinfällig würde. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der verschiedenen Leitbilder könnte man sich bestimmt aber auch Gedanken betreffend einer besseren Nutzung von Synergien, der Förderung von Freiwilligenarbeit etc. machen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 17 Ja-Stimmen bei 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2014/158 nicht an den Stadtrat überwiesen.

250 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Integrationsförderung - Postulat von Lisette Kaufmann und Anna Ott der Grünen Fraktion betreffend Integrationsförderung (Nr. 2014/159)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Lisette Kaufmann, Anna Ott
Grüne Fraktion*

**Postulat
Integrationsförderung**

Der Entscheid des Stadtrates, aufgrund eines suboptimalen Kosten-/Nutzenverhältnis auf weitere Unterstützung des Quartierzentrums Fraumatt zu verzichten, und die daraus resultierende Einstellung des Betriebs im Quartierzentrum wirft die Frage auf, wie die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Liestal zukünftig effektiver gestaltet und gefördert werden könnte.

In Liestal existieren bereits diverse gute, die Integration fördernde Angebote wie Deutschsprachkurse für Frauen, Sprachlerngruppen im Vorschulalter, das Familienzentrums oder das Jugendzentrum. Diese Angebote gilt es nun aber weiterzuentwickeln und zwar so, dass diese Integrationsangebote der Stadt gezielt in einzelnen Quartieren mehr Wirkung entfalten können. Vorhandene Ressourcen und Angebote sollen besser zugunsten der Integration in einzelnen Quartieren, insbesondere im Fraumattquartier, eingesetzt werden.

Neben den Integrationsangeboten der Stadt Liestal tragen auch die familienergänzenden Tagesstrukturen im Vorschul- und Schulalter ganz wesentlich zur Integration von Kindern bei. Die familienergänzenden Tagesstrukturen ermöglichen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und wirken damit chancenausgleichend und integrierend für weniger vermögende Familien.

Wir bitten den Stadtrat, folgende zwei Punkte zu prüfen:

- 1. Bestehende Angebote, wie die der Jugendarbeit und des Familienzentrums, sollen mit mobilen Angeboten gezielt in Quartieren aktiv werden.*
- 2. Die TCHF 100, die bisher von der Stadt für den Betrieb des Quartierzentrums Fraumatt aufgewendet wurden, sollen für die familienergänzenden Tagesstrukturen im Vorschulalter verwendet werden.*

Liestal, den 27. Oktober 2014

Anna Ott

Lisette Kaufmann

Stadträtin Marion Schafroth sagt, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde, denn der Vorstoss macht auch Sinn, nachdem das Quartierzentrum Fraumatt beendet wurde. Im Moment läuft das Projekt „Communis“ des Kantons und der Stadt Liestal, bei welchem die kommunalen Integrationsangebote be- und durchleuchtet werden. Das diesbezügliche Strategiepapier sollte bis im März/April 2015 vorliegen und der Politik bei künftigen Entscheidungsfindungen helfen. Und nach Vorliegen dieses Dokumentes könnte dann auch das vorliegende Postulat beantwortet werden.

Lisette Kaufmann (GL) teilt als Postulantin mit, dass der stadträtliche Schlussbericht betreffend dem Quartierzentrum Fraumatt ausschlaggebend für die Einreichung des Postulates Nr. 2014/159 war. Mit der Schliessung des QZ Fraumatt ist ein Ort weggefallen, wo eine Integration möglich war. Integrationsmassnahmen sind aber nach wie vor nötig, was auch für die Entwicklung Liestals enorm wichtig ist. Die Wirkung von Integrationsmassnahmen ist nicht direkt sichtbar, wie dies beispielsweise nach der Neugestaltung der Rathausstrasse der Fall sein wird. Sichtbar wird es aber, wenn wir es heute versäumen, Integrationsmassnahmen zu planen und durchzuführen.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) meint, auch ihre Fraktion unterstütze generell den Gedanken der Integrationsförderung in den Quartieren. Jedoch ist man mit dem zweiten Punkt nicht einverstanden, welcher vom Stadtrat geprüft werden sollte. Es ist nach wie vor das Postulat Nr. 2013/38 im Zusammenhang mit familienergänzenden Tagesstrukturen im Vorschulalter noch hängig, und deshalb stimmt die Mittefraktion der Überweisung des neuen Postulates Nr. 2014/159 nur zu, wenn der zweite Punkt des Postulates zurückgezogen wird. Der im zweiten Punkt erwähnte Betrag von TCHF 100 ist so auch nicht richtig, da dieser Betrag nach der Beendigung des Pilotprojektes QZ Fraumatt auch nicht mehr im Budget 2015 eingestellt wurde.

Patrick Mägli (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze das Postulat, denn es ist wichtig, dass man sich weiterhin für die Integrationsförderung einsetzt. Denn es soll ja schliesslich nicht zu Ghettobildungen wie in deutschen und französischen Städten kommen. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund sind oftmals hin und her gerissen, deshalb sollen diese auch nicht alleine gelassen werden. Beim QZ Fraumatt sind gewisse Strukturen entstanden, doch musste das Pilotprojekt abgebrochen werden, weil Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis standen. Mit gezielten Massnahmen kann man aber durchaus Nachhaltiges bewirken und Investitionen in die Jugendarbeit etc. dürften sich mittel- und langfristig auf vielfältige Art bezahlt machen.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion die Meinung der Postulantinnen unterstützen kann, dass in Liestal bereits diverse gute integrationsfördernde Angebote existieren, doch komme man zu einem anderen Entschluss als die Postulantinnen. Die Förderung von mobilen Integrationsförderungs-Angeboten dürfte der falsche Weg sein, denn diese verfügen bspw. über keine Infrastruktur und decken nur Teilbereiche ab, zehren aber dennoch an den Ressourcen der Stadt, welche dann für das Jugendzentrum usw. nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. Nach den gemachten Erfahrungen beim QZ Fraumatt stellt sich zudem die Frage, ob denn überhaupt ein nennenswerter Bedarf an mobilen Angeboten besteht. Auch die FDP-Fraktion möchte zuallererst über das Postulat Nr. 2013/38 betreffend der Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen befinden und die diesbezüglichen Folgekosten kennen, bevor man nun mit dem neuen Postulat einen weiteren Betrag von CHF 100'000.-- auf Vorrat bewilligt. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Anna Ott (GL) findet es wichtig, dass nebst den bestehenden Angeboten breiter mit mobilen und lokalen Angeboten die Integration in den Quartieren gefördert wird, was mit dem ersten Punkt des Postulates gefordert wird. Auch ist es nach der Schliessung des QZ Fraumatt wichtig, dass man im betreffenden Gebiet die Integration mit mobilen Angeboten fördern kann. Die bestehenden Angebote sind mit den früheren Angeboten des QZ Fraumatt auch nicht 1:1 vergleichbar. Die familienergänzenden Tagesstrukturen ermöglichen den Eltern nicht nur die Vereinbarung von Beruf und Familie, sondern fördern auch die Integration in doppelter Hinsicht, indem ein Austausch zwischen den Schweizer-Kindern und den Kindern mit Migrationshintergrund stattfinden kann. Andererseits ermöglicht es den Eltern, einer Arbeit nachzugehen. In Anbetracht der Stimmungslage im Rat ziehen die Postulantinnen den zweiten Punkt ihrer Forderung betreffend der finanziellen Unterstützung von familienergänzenden Tagesstrukturen im Vorschulalter von TCHF 100 zurück.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass das Postulat trotz dem Rückzug des zweiten Punktes bei ihm jeden Kredit verspielt habe. Es sind nicht TCHF 100 für das frühere Pilotprojekt und QZ Fraumatt bewilligt worden, sondern es sind CHF 60'000.-- zusätzlich bewilligt worden, welche nicht aus einem bestehenden Pot genommen werden konnten. Es ist abträglich und schürt Misstrauen, wenn man bewilligte Mittel für gescheiterte Projekte dann für andere neue Projekte verwenden möchte. Mit einer etwas anderen Formulierung hätte auch er sich für eine Geldsprechung zu Gunsten eines neuen Projektes einverstanden erklären können, doch kann man nicht vorhandenes Geld nicht einfach ummünzen. Er kann auch das abgeänderte Postulat nicht unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) fügt hinzu, dass eingangs der heutigen Sitzung das Budget 2015 mit einer schwarzen Null bewilligt wurde und würde man der Forderung der Postulates zustimmen und das Geld ausgeben, so wäre man betreffend dem nächstjährigen Budget bereits bei einem Ergebnis mit einer roten Null. Die Bewilligung von finanziellen Mitteln für die Erfüllung des Postulates durch eine Hintertüre kann er ebenfalls nicht unterstützen.

Dominique Meschberger (SP) hält fest, dass von den Postulantinnen ja der zweite Punkt ihres Vorstosses zurückgezogen wurde und das Postulat mit dem ersten Punkt und der Forderung für mobile Angebote in den Quartieren dennoch überwiesen werden sollte.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) sagt, sie werde der Postulatsüberweisung zustimmen und hält betreffend dem zwischenzeitlich zurückgezogenen zweiten Punkt fest, dass die frühere Forderung für familienergänzende Tagesstrukturen im Vorschulalter dem Fraumattquartier gar nicht viel bringt, da sich diesbezüglich die Eltern meist selbst organisieren.

Anna Ott (GL) unterstreicht nochmals ihr vorgängiges Votum und stellt fest, dass der zweite Punkt des Postulates nicht mehr zur Diskussion steht, da dieser zurückgezogen wurde. Auch habe sie es nicht gern, wenn einem die Wörter im Maul verdreht werden. Die Postulantinnen hatten sich nicht dahingehend geäußert, dass ein Betrag von TCHF 100 herumschwirrt, welcher nach der Beendigung des Pilotprojektes QZ Fraumatt für die Umsetzung ihres Vorschlages frei wurde und nun verwendet werden könnte.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 21 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen wird das abgeänderte Postulat Nr. 2014/159 an den Stadtrat überwiesen, nachdem die Postulantinnen den zweiten Punkt ihres Vorstosses zurückgezogen haben.

ORDNUNGSANTRAG - Traktandenlistenänderung

Pascal Porchet (FDP) stellt den Ordnungsantrag, dass die meisten Zuschauer auf der Tribüne wohl auf die Behandlung des Postulates Nr. 2014/163 „Feuerwehrmagazin“ warten und deshalb dieses Geschäft vorgezogen und nun gleich behandelt werden sollte.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zum Ordnungsantrag gestellt werden.

://: Mit grossem Mehr wird dem Ordnungsantrag betreffend der Traktandenlistenänderung zugestimmt.

251 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Sanitäranlagen Feuerwehrmagazin - Postulat von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion betreffend geschlechtergerechten sanitären Anlagen im Feuerwehrmagazin (Nr. 2014/163)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Postulat

Geschlechtergerechte sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin

Im Jahr 1989 wurde das neue Feuerwehrmagazin an der Gasstrasse eingeweiht. Damals war erst eine Frau bei der Feuerwehr Liestal. Seither ist der Frauenanteil stetig gestiegen, so dass per 1.1.2015 insgesamt 22 Frauen aktiv Feuerwehrdienst in Liestal leisten werden, was einem Anteil von 23% entspricht.

Der vergleichsweise hohe Frauenanteil der Feuerwehr Liestal ist lobenswert, bringt jedoch auch Probleme mit sich. Beide Geschlechter teilen sich eine Garderobe. Die sanitären Anlagen der Frauen im Feuerwehrmagazin stossen an ihre Grenzen. Die geringe Zahl (1 WC, 1 Dusche) führt besonders nach Einsätzen und bei Übungen immer wieder zu Engpässen.

In Anbetracht des steigenden Frauenanteils in der Feuerwehr ist der Stadtrat dazu gebeten, folgende Punkte zu prüfen:

- 1. Gibt es eine Möglichkeit, die sanitären Anlagen im Feuerwehrmagazin so aus- oder umzubauen, dass diese in Zukunft beiden Geschlechter gerecht werden?*
- 2. Wann könnte ein solcher Umbau frühestens erfolgen?*

Liestal, den 25. November 2014

*Verena Baumgartner
Grüne Fraktion*

*Markus Rudin
SVP-Fraktion*

Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, dass der angemahnte Bedarf der Postulanten unbestritten ist. Die im Postulat erwähnten Forderungen sind bekannt und werden in einem momentan laufenden Planungsprozess im Zusammenhang mit der Instandsetzung des Feuerwehrmagazins berücksichtigt. Die Ergebnisse bzw. Gesamtsicht betreffend den baulichen Massnahmen werden dann im Entwicklungsplan sowie Budget eingestellt. Der Stadtrat möchte deshalb das Postulat nicht übernehmen, damit die Qualitätsprozesse des Stadtrates und der Verwaltung nicht übersteuert werden.

Verena Baumgartner (GL) führt als Postulantin aus, dass die Feuerwehr Liestal betreffend der Gleichstellung von Frauen und Männern auf gutem Weg ist, leisten mittlerweile doch 22 Frauen Dienst. Das Magazin und vor allem die Sanitäranlagen mit Garderoben sind diesem lobenswerten Trend jedoch nicht gewachsen, darum ist es höchste Zeit, dass auch die bauliche Substanz die Arbeit beider Geschlechter in der Feuerwehr unterstützt. Dass die Planung von einem Gesamtkonzept in Planung sein soll, ist ja erfreulich. Sie appelliert aber an die Dringlichkeit dieses Geschäftes, denn die fehlenden sanitären Anlagen sind heute und jetzt ein Problem, welches gelöst werden sollte. Man möchte nicht weiter zuwarten und den Moment abwarten, bis der Stadtrat und die Verwaltung einmal Lust haben, das Problem in einem Gesamtkonzept anzugehen. Als das Feuerwehrmagazin im Jahre 1989 gebaut wurde, hatte man bezüglich den dienstleistenden Frauen wenig visionär geschafft, da im damaligen Zeitpunkt auch nur gerade eine Frau Feuerwehrdienst geleistet hatte. Gemäss Richtlinien und Empfehlungen der Secco fehlen beim heutigen Bestand insgesamt 3 WC's und es mangelt auch an Duschen. Es ist höchste Zeit, dass die Anlagen überdenkt und umgebaut werden. Schliesslich wäre grundlegend etwas falsch, wenn die Feuerwehrangehörigen ihre Zeit mit dem Warten vor den WC-Anlagen verbringen, anstatt retten und löschen zu können.

Markus Rudin (SVP) hält als Mitunterzeichner des Postulates fest, dass in der Feuerwehr nach wie vor das Motto „einfach und schlicht, tun wir unsere Pflicht“ gilt. Betreffend den Sanitäranlagen ist man bereits das erste Mal im Jahr 2001 bei einem Anteil von 10 Frauen vorstellig geworden. Im Jahre 2007 ist man vom Stadtrat nach einer weiteren Anfrage vertröstet worden. Mit einem damaligen Anteil von 15 Frauen wurde vom Stadtrat im Jahr 2009 zugesichert, dass man die baulichen Massnahmen im Finanzplan einstellen werde. Es wurde dann auch der Betrag von TCHF 100 für die Jahre 2015/2016 im Finanzplan eingestellt. Im November 2014 hatte man dann mitbekommen, dass sämtliche eingestellten Finanz- und Budgetbeträge gestrichen wurden, ohne dass die Feuerwehr über den Grund und das weitere Vorgehen informiert wurde. In der Folge ist dann auch das Postulat von den beiden Ratsmitgliedern und Feuerwehrdienstleistenden eingereicht worden. Es ist nicht ganz klar, weshalb der sonst so visionäre Stadtrat die ganz logische Umsetzung von geschlechtergerechten Garderoben nicht realisieren will. Somit dürfte der erste Punkt der Postulatsforderung hier im Rat unbestritten sein. In § 11 des Personalreglementes und § 6 der Personalverordnung wird ferner festgehalten, dass der Stadtrat die Würde seiner Mitarbeitenden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben schützt usw. Aus erwähnten Gründen wird der Rat gebeten, das Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, dass seine Fraktion nach Erhalt des Vorstosses erstaunt feststellen musste, dass die Sanitäranlagen anscheinend noch immer fehlen. Und erstaunt hat man zudem vorher zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat das Postulat gar nicht übernehmen möchte. Die aufgeführten Gründe in der stadträtlichen Haltung sind auch nicht stichhaltig. Und liest man die Bestimmungen von § 21 des Gleichstellungsgesetzes, so dürfte der Um- und Ausbau der Sanitäranlagen im Feuerwehrmagazin wohl unbestritten sein und deshalb auch ein raschmöglichster Handlungsbedarf nicht mehr zur Diskussion stehen. Glücklicherweise ist bis jetzt noch nichts passiert. Er möchte aber nicht wissen, was passieren würde, sollten nach verstrichenen 13 Jahren doch noch Anstandsregeln verletzt und/oder gesetzliche Bestimmungen missachtet werden und bei einem solchen Vorfall in der Folge noch Verantwortliche gesucht werden. Die Mitfraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) bemerkt, dass der Stadtrat ja die Mängel korrigieren und Massnahmen ergreifen wird, hingegen müsste von diesem doch noch etwas bezüglich dem Terminplan und weiteren Vorgehen gesagt werden. Die SP-Fraktion empfiehlt, dass das Postulat überwiesen und gleichzeitig wieder als erfüllt abgeschrieben wird.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, er habe im aktuellen Entwicklungsplan auch nichts bezüglich den baulichen Massnahmen beim Feuerwehrmagazin gefunden. Auch weiss er, dass nebst den fehlenden Sanitäranlagen ebenfalls noch das Dach repariert werden muss und all die baulichen Massnahmen dürfen sicher nicht noch weiter auf die lange Bank geschoben werden. Seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung einstimmig unterstützen.

Stadtrat Peter Rohrbach betont, dass das Anliegen im Stadtrat und auch in der Verwaltung unbestritten ist. Und mit der Überweisung des Vorstosses hätte der Stadtrat das Postulat zu beantworten, doch damit würde immer noch nicht gebaut. Es sind weitere Abklärungen nötig und die baulichen Massnahmen werden im Budget 2016 sowie im Entwicklungsplan 2016-2019 eingestellt, damit anfangs 2016 mit den Bauarbeiten beim Feuerwehrmagazin begonnen werden kann. Er habe sich auch über die Dauer des langwierigen Prozesses gewundert, und es habe ihn auch irritiert, dass die etablierten Budget-Prozesse für solche Anliegen nicht gebraucht wurden und der Stadtrat erst jetzt von den baulichen Forderungen erfahren habe. Mit der Einreichung von Vorstössen können aber gewisse Prozesse in der Verwaltung nicht übersteuert werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittelfraktion mit grossem Mehr der Postulatsüberweisung zustimmen wird. Und bei der stadträtlichen Postulatsbeantwortung genügt der einte Satz, mit welchem man über den Baubeginn berichtet.

Diego Stoll (SP) meint, entscheidend bei der Abstimmung betreffend der Postulatsüberweisung wird doch sein, ob man über die stadträtliche Information betreffend dem Zeitrahmen verfügt oder nicht. Damit könnte gegebenenfalls auf einen doppelspurigen Zusatzaufwand verzichtet werden.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, dass er bereits vorher darüber informiert hatte, dass nach dem ordentlichen Planungsprozess anfangs 2016 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann und daran wird auch das Postulat nichts ändern. Und sollte man etwas anders haben wollen, so hätte dies auch anders angegangen werden müssen.

Daniel Spinnler (FDP) dankt für die Bekanntgabe des gewünschten Datums, doch möchte er dies schwarz auf weiss in einem Bericht lesen können. Somit kann er auch nicht den Vorschlag für eine Überweisung mit gleichzeitigen Abschreibung des Postulates unterstützen.

Beat Gränicher (SVP) meint, dass wohl niemand hier mit Saal privat mit einem Baubeginn bis anfangs 2016 zuwarten würde, wenn das Dach bereits heute undicht ist. Mit den Bauarbeiten sollte nun wirklich vorwärts gemacht, indem man nicht länger um den heissen Brei herumredet, über den eigenen Schatten springt und vielleicht andere Dinge sowie Projekte zurückstellt. Vermutlich würden noch Ratsmitglieder hier im Saal ihre Dienste anbieten, damit das Nötige raschmöglichst veranlasst und umgesetzt werden könnte.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2014/163 an den Stadtrat überwiesen.

252 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Wasserturmplatz - Interpellation „Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/160)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Elisabeth Augstburger
CVP/EVP/GLP-Fraktion

28. Oktober 2014

Interpellation

Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz

Seit längerer Zeit halten sich tagsüber auf dem Wasserturmplatz randständige alkoholisierte Personen im Alter zwischen 25 und 55 Jahren auf. Sie sitzen auch auf der Treppe vis a vis vom Denner, welche privater Grund ist. Autos, welche von der Seestrasse in den Fischmarkt einbiegen wollen, werden dadurch behindert. Die umliegenden Geschäfte fühlen sich durch die laute Musik gestört. Ermahnungen und wohlwollende Aufforderungen bewirken keine Verbesserung.

Ein Ladenbesitzer hat mitgeteilt, dass Frauen mit Kindern einen anderen Weg zum Stedtli wählen würden und diesen Ort meiden.

Letzthin wurde das Fenster eines Geschäftes mit nassem Dreck beworfen. Das wiederholte sich am darauffolgenden Tag nochmals. Zwei Fenster wurden durch Graffiti beschädigt.

Dieser Zustand ist auch für die Besucherinnen und Besucher des Cafés auf dem Wasserturmplatz und für andere umliegende Geschäfte schwierig.

Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Weiss der Stadtrat von dieser Situation?*
- 2. Wenn ja, hat die Stadt Massnahmen ergriffen?*
- 3. Hat der Stadtrat bereits Kenntnis von weiteren Graffiti-Beschädigungen?*

Elisabeth Augstburger

Stadträtin Marion Schafroth nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und beantwortet diese wie folgt:

Zur Frage 1: Ja, dem Stadtrat ist die Situation am Wasserturmplatz bekannt, da er auch von verschiedensten Seiten informiert wurde.

Zur Frage 2: Es wurden präventive und repressive Massnahmen ergriffen, indem die Streetworker vermehrt mit diesen Gruppen das Gespräch suchen und vermehrte Polizeikontrollen durchgeführt wurden. Dies Massnahmen hatten zu einer spürbaren Beruhigung der Situation bezüglich Lärm sowie Beschädigungen geführt. Ein Problem ist immer noch das Littering, speziell beim Kiosk. Die Ansammlung der Personen ist stark wetterabhängig, doch muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass sich der Wasserturmplatz zu einem Begegnungsort entwickelt hat.

Zur Frage 3: Im Moment sieht der Platz eigentlich recht ordentlich aus und es sind nur noch wenige kleinere Graffitis angebracht worden. Dieser Umstand kann auf die kältere Jahreszeit und die rigorose Entfernung der Graffitis durch die Betriebe zurückgeführt werden. Auch Pri-

vate lassen die Graffitis immer wieder entfernen und es werden auch konsequenter Strafanzeigen erstattet. Es wurden auch schon Sprayer gefasst oder gar auf frischer Tat ertappt, worauf diese gebüsst oder bei Arbeitseinsätzen selbst Graffities entfernen mussten. Der Wasserturmplatz wird uns als Begegnungsort mit der Präsenz von verschiedenen Gruppierungen sowie Randständigen immer wieder beschäftigen. Massnahmen wie eine vermehrte Polizei- und Streetworkerpräsenz in den Sommermonaten etc. werden noch geprüft.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellantin für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat und wünscht die Diskussion

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sie ihren Vorstoss zuerst als Postulat eingereicht, dann aber diesen zurückgezogen und neu als Interpellation eingereicht habe. Anscheinend soll sich die Situation beim Wasserturmplatz nach der Einreichung ihres Vorstosses merklich verbessert haben. Nach wie vor kommt es zu unangenehmen Situationen, bei welchen Anstösser sowie Passanten involviert werden. In den Platz ist viel Geld investiert worden und dieser ist doch recht schön geworden, weshalb man nun zum Wasserturmplatz auch Sorge tragen sollte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/160.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) wünscht allen Anwesenden und ihren Familien frohe Festtage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2015.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lerf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann